

**Westpreußisches Bildungswerk
Berlin-Brandenburg
in der Landsmannschaft Westpreußen e.V., Berlin
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.
www.westpreußen-berlin.de**

Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Fon: 030-257 97 533, Fax: auf Anfrage
westpreussenberlin@gmail.com

Postbank Berlin
IBAN DE 26 1001 0010 0001 1991 01
BIC PBNKDEFF

**1. Vors.: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; stv. Vors.: Ute Breitsprecher
Schatzmeister: Dieter Kosbab**

17. Juni 2019

315	<u>Montag</u>	19. August 2019,	18.30 Uhr
	<u>Thema</u>	<u>Die Freie Stadt Danzig aus rechtshistorischer Perspektive</u> <i>(Mit Medien).</i>	
	<u>Referent</u>	Dr. Bennet Brämer, Berlin	

Ort der Veranstaltung: Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin-Wilmersdorf, Theatersaal.
Fahrverbindung: U-Bahn Fehrbelliner Platz, Buslinien.

Die Regelungen des Versailler Vertrages wollten es, dass auf dem Gebiet der ehemaligen Hansestadt Danzig und der näheren Umgebung ein neuer Staat das Licht der Welt erblickte. Innerhalb kürzester Frist musste ein gesamtes Staatswesen für die nur 400 000 Einwohner umfassende Ostsee-Metropole aus dem Boden gestampft werden. Kommunalpolitiker wurden dadurch gewissermaßen über Nacht zu Staatsmännern. Am 15. November 1920 erfolgte die Proklamation der Freien Stadt Danzig. In der Danziger Verfassung war der Freistaat als demokratische Republik konzipiert. Der Volkstag war die Legislative, der Senat hatte die vollziehende Gewalt inne und auch die Rechtsprechung war in einem eigenständigen Justizsystem gewaltenteilig organisiert. Mithin handelte es sich um einen formal autonomen „Miniaturstaat“, der bis zu seinem faktischen Untergang am 1. September 1939 durch die völker- und verfassungswidrige Wiedereingliederung in das Deutsche Reich ereignisreiche Jahre erlebte. Danzig rückte in dieser kurzen Epoche vor allen Dingen wegen des Einflusses des Völkerbundes und seiner Beziehung zu Polen in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Insoweit verwundert es nicht, dass die völkerrechtliche Literatur aus jener Zeit über Danzig erstaunlich umfangreich ist. Darüber hinaus lässt sich aber aus rechtshistorischer Sicht noch sehr viel mehr über das Danzig in der Zeit zwischen 1920 und 1939 erzählen – die ein oder andere Anekdote eingeschlossen. Daneben wirft die Freie Stadt Danzig jedoch bis heute rechtliche Fragen auf, weil die „Danzig-Frage“ gemeinhin als ungelöst angesehen wird.

Dr. Bennet Brämer, Jahrgang 1987, ist in Brandenburg geboren und aufgewachsen. Mütterlicherseits stammt ein Teil seiner Familie aus Ostpreußen, väterlicherseits liegen die familiären Wurzeln unter anderem in Danzig. Er erlangte die Allgemeine Hochschulreife auf dem Zweiten Bildungsweg. Zwischen 2010 und 2015 studierte er an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Bergen in Norwegen Rechtswissenschaft. Sein Schwerpunkt lag dabei auf der Rechtsgeschichte. Im September 2015 legte er das Erste Staatsexamen in Berlin ab und ist seither Diplom-Jurist. Im Oktober 2018 erfolgte die Promotion zum Dr. iur. an der Humboldt-Universität zu Berlin mit einer rechtshistorischen Arbeit über das Obergericht der Freien Stadt Danzig. Hierfür forschte er unter anderem im polnischen Staatsarchiv in Danzig. Seit August 2018 ist er bei der Justiz beschäftigt.

Werden Sie Mitglied in der Landsmannschaft Westpreußen e.V., Westpreußisches Bildungswerk: Beitrag EURO 45,00 usw. / Person/ Jahr (Sondermitgliedschaft für AGOM: EURO 20,00 Pers. / Jahr). Sie unterstützen damit ein wichtiges Anliegen der ostdeutschen Kulturarbeit und gewinnen günstigere Teilnahme an unseren Tages- und Studienfahrten und sonstigen Veranstaltungen.